

Favoriten im Parlament



Klimaschutz muss für alle leistbar sein!

Gemeinsam mit Christoph Matznetter, SPÖ-Wirtschaftssprecher, habe ich im November im Rahmen einer Pressekonferenz ein neues Modell zur Förderung der

thermischen Sanierung von Ein- und Mehrfamilienhäusern und Wohnungen mit dem Titel: "Leistbarer Klimaschutz für alle - Wichtige Investitionen in Umwelt und Wirtschaft" vorgestellt. Wir sind davon überzeugt, dass die Förderung der thermischen Sanierung von Häusern eine sogenannte Win-win-Situation für Umwelt und Wirtschaft schafft. Das bedeutet, dass es bei dieser Investition in verbesserte Wärmedämmung auf allen Seiten nur GewinnerInnen gibt: CO₂-Reduktion, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie eine Verbesserung der Wohnqualität - und das sind nur einige der positiven Effekte.

Was wir brauchen, sind effektive Maßnahmen der Energie- und Klimapolitik zur CO₂-Reduktion im Inland. Für den Kauf von Zertifikaten, um dem Kyoto-Ziel näher zu kommen, gibt Österreich von 2008 bis 2012 531 Mio Euro aus, spart aber im Inland selbst weder CO₂ ein, noch wird damit ein Arbeitsplatz im Inland geschaffen. Die Förderungen im Konjunkturpaket II unterstützten besonders die oberen Einkommen, niedrigere Einkommen profitierten von dem Prämienmodell nicht, da dafür eine Anfangsinvestition notwendig ist, die sich viele nicht leisten können.

Thermische Sanierung muss aber für alle leistbar sein! Wir fordern daher zinsfreie Kredite, für die die öffentliche Hand haftet und die von allen in Anspruch genommen werden können, und zwar rasch und unbürokratisch. Besonders wichtig ist uns auch die Ausweitung der Förderungen auf Wohnungen - und nicht nur für Einfamilienhäuser,

wie bisher. Die Umstellung der Heizanlage einer durchschnittlichen Wohnung, z.B. von Öl auf Pellets, bringt den BewohnerInnen eine deutliche Reduzierung ihrer jährlichen Heizkosten - und zwar von ca. 850 auf 350-400 Euro, das bedeutet die Heizkosten mindestens halbieren zu können!

Wirtschaftssprecher Matznetter rechnete durch: Wenn in den nächsten fünf Jahren 100.000 Haushalte jährlich gefördert werden, entspricht das einem Investitionsvolumen von 7,5 Milliarden Euro, die direkt in heimische Betriebe fließen und damit Arbeitsplätze schaffen und sichern - wobei die Förderungen durch den Staat nur 450 Mio. Euro ausmachen. Diese relativ geringen Aufwändungen durch den Staat stehen der Schaffung bzw. Sicherung von 15.000 Arbeitsplätzen und Einnahmen für den Staat von 870 Mio. Euro gegenüber, das heißt der Staat verdient in Summe dazu. Und zusätzliche würden über 600.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart, und zwar dauerhaft - also gewinnt auch das Klima.

Bei unserem SPÖ-Förderungsmodell gibt es drei GewinnerInnen: Die Bevölkerung: MieterInnen durch die Halbierung ihrer Heizkosten und die ArbeitnehmerInnen durch Arbeitsplatzsicherung; den Staat durch Mehreinnahmen (Steuern) und Ausgabenverringerung (weniger Arbeitslosigkeit, weniger Zukauf von Emissionszertifikaten); und schließlich der Klimaschutz. Kluge Klimapolitik bringt also allen etwas!

Die nächsten Schritte sind Gespräche mit dem Wirtschaftsminister und dann hoffentlich bald die Beschlussfassung zur Fortsetzung der Förderung der thermischen Sanierung von Wohnungen und Häusern mit diesem neuen Finanzierungsmodell. Förderanträge und Sanierung sollen bereits 2010 möglich sein - davon müssen wir den Koalitionspartner überzeugen!

Eure Petra „Penny“ Bayr

Favoriten im Parlament

Klimaschutz auch in der "Aktuellen Stunde"

Im Parlament ist der Klimaschutz nun auch endlich verstärkt zum Thema geworden. Denn "Dank" der Politik der schwarzen Umweltminister ist Österreich bald zu hohen Strafzahlungen verpflichtet, die man besser im Inland zum Klimaschutz investiert hätte. Außerdem ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass wir jetzt weltweit endlich etwas tun müssen, um zu verhindern, dass unsere Welt auch noch für unsere Kinder und deren Kinder bewohnbar bleibt.

In den Entwicklungsländern hat die Klimaerwärmung schon jetzt viel Schaden angerichtet, woraus sich hohe Kosten an Anpassungsmaßnahmen ergeben, welche die internationale Staatengemeinschaft als Verursacherin auch mitzahlen muss. Und bei diesem Thema hat sich die rechte Opposition wieder einmal als Lügnerin erwiesen. Im November fand im Parlament ein Jugendparlament statt, bei dem deutlich wurde, dass die Jugend gut informiert ist und sich zu Recht ernsthafte Sorgen um die Zukunft unseres Planeten macht. Sie forderte einheitlich, die Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern mitzutragen, auch um so zu verhindern, dass die Zahl der Klimaflüchtlinge wächst. FPÖ und BZÖ stimmten im Jugendparlament scheinheilig zu, während sie gleichzeitig Presseaussendungen veröffentlichten, in denen sie dies grundsätzlich ablehnten - eine Ungeheuerlichkeit, die der Jugend die Augen öffnen sollte.

Als SPÖ bekennen wir uns natürlich zu einem internationalen Lastenausgleich, zu einem Bundesklimaschutzgesetz mit klarem Zeitplan, effektiven Maßnahmen und einer klaren Rollenverteilung zwischen Bund und Ländern sowie allen Ministerien, wie ich auch in meiner Rede vor dem Nationalratsplenum betonen konnte. Ebenso bin ich für ein Energieeffizienzgesetz und ein Ökostromgesetz, das besonders die

Entwicklung neuer Technologien fördert. Abschließend forderte ich als SPÖ Umweltsprecherin den Umweltminister dazu auf, endlich die in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Finanzmittel für die Förderung von Umweltprojekten im Inland vom Finanzminister einzuholen, denn dies schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Österreich, und hebt die Lebensqualität (siehe auch Seite 1).

Beim Thema Anti-Atom-Politik herrschte im Parlament glücklicherweise Einstimmigkeit. So konnten wir einen 5-Parteien-Antrag einbringen, der die Regierung beauftragte, bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen unseren Standpunkt vehement zu vertreten, dass Atomkraftwerke nie und nimmer als Klimaschutzmaßnahme anzurechnen sind.

Punschstand der Favoritner Polizei



Beim Punschstand der Favoritner Polizei am Columbusplatz zeigte sich auch heuer wieder das caritative Engagement unserer FreundInnen & HelferInnen. Schon seit mehreren Jahren sammelt die Favoritner Polizei im Advent für gute Zwecke, heuer für den Verein "BIWAK - Kinderwohngemeinschaft. Laaerberg", der in zwei betreuten Wohngemeinschaften Kindern mit besonderen Bedürfnissen ein Zuhause bietet.

Favoriten im P arlament

Im europäischen parlamentarischen Forum (EPF) - gemeinsam mehr bewegen!

Im November 2009 wurde ich erstmals in einer Funktion auf internationaler Ebene gewählt: Im Rahmen der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Addis Abeba wurde ich als erste österreichische Vertreterin für drei Jahre in den Vorstand des EPF, dem europäischen parlamentarischen Forum für Bevölkerung und Entwicklung, gewählt. Als Kandidatin der überparteilichen österreichischen ParlamentarierInnengruppe zu diesem Thema konnte ich auf der Konferenz über viele meiner Aktivitäten berichten. So bin ich im Planungsteam für die Welt-Aids-Konferenz, die im Juli 2010 in Wien stattfinden wird, in führender Funktion aktiv, seit langer Zeit kämpfe ich im Rahmen der Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung gegen diese verbreitete Menschenrechtsverletzung an Frauen in Afrika und Asien und auch Aktivitäten wie der Mädchen- und Burschen-Gesundheitstag in Favoriten haben viel mit der Frage von sexueller und reproduktiver Gesundheit zu tun.

Das EPF ist ein Netzwerk von europäischen ParlamentarierInnen das als Plattform für Kooperation und Koordination aktiver PolitikerInnen dient, wobei wir viel von einander lernen können und in unserer Politik sexuelle Rechte stärken können - sowohl in unseren eigenen Ländern wie auch in unserer Entwicklungspolitik. Dazu zählt barrierefreier Zugang zu Verhütungsmitteln ebenso wie eine frühe Aufklärung über die Vermeidung von sexuell übertragbaren Krankheiten wie HIV und Aids, aber auch das Senken der Müttersterblichkeit durch eine gute medizinische Basisversorgung und der Schutz von besonders verwundbaren Gruppen vor sexueller Ausbeutung und Gewalt.

Nach der Konferenz in Addis konnte ich mir mit anderen KollegInnen noch zwei Tage lang ein Bild von den Auswirkungen des Klimawandels auf die

Menschen und die Umwelt in Äthiopien machen, wobei wir vor allem Projekte zur Sicherung von landwirtschaftlichen Flächen vor Erosion durch plötzliche Überschwemmungen ansehen konnten. Dies ist vor allem wichtig für die Ernährungssicherheit der ländlichen Bevölkerung, die vor allem von Nahrungsmitteln lebt, die sie selbst anbaut.

Familienplanung ist eine der Maßnahmen, wie sich Gesellschaften an veränderte Umweltbedingungen und knapper werdende Nahrungsmittel aufgrund des Klimawandels anpassen können. Hand in Hand damit gehen Aufklärung und die Stärkung der Rolle von Mädchen - dazu konnten wir beachtliche Programme in einem Jugendzentrum kennen lernen.



Mit zwei Mädchen in Äthiopien



*Ein „Solar-Kocher“:
Kochen mit Hilfe der Sonne*

Besonders beeindruckend war der "urban garden", wo StadtbewohnerInnen anhand von Anschauungsobjekten gezeigt wird, wie sie auf winzigen Flächen Gemüse anbauen, Biogas produzieren oder mit der Kraft der Sonne kochen können.

Favoriten im Parlament

Wiener Lichter

Im November fand in Wien der sogenannte "Festkommers" der schlagenden Burschenschaften statt. Ein sichtbares Zeichen gegen diese Veranstaltung in Form der "Wiener Lichter" setzte gemeinsam mit der Wiener SPÖ eine breite Plattform vieler Organisationen.

Nationalratspräsidenten Graf im Vorfeld verbreitet wurde.

Im Rahmen von "Wiener Lichter" waren die Wienerinnen und Wiener dazu aufgerufen, als sichtbares Zeichen des Protestes gegen den Kommers eine Kerze ins Fenster zu stellen. Am frühen Abend fand zudem ein Zusammentreffen



Frauenstadträtin Sandra Frauenberger schloss sich der Aktion „Wiener Lichter“ ebenfalls gerne an

Während sich in der Hofburg ewiggestrige Männerbündler versammelten, um ihre reaktionäre Geisteshaltung offen zur Schau zu stellen, hat gleichzeitig die Zivilgesellschaft ein überdeutliches Zeichen gesetzt: Die "Wiener Lichter" haben zahllose Fenster erhellt und gezeigt, dass das intolerante und revisionistische Gedankengut der schlagenden Burschenschaften in einer modernen Metropole wie Wien keinen Platz hat.

Als Initiatorin dieser Aktion bin ich stolz auf das Ergebnis: Unzählige Kerzenflammen brannten für Demokratie, Toleranz und Humanität. Dieser friedliche Protest steht im krassen Gegensatz zur Hetze, die von FPÖ-Obmann Strache und dem 3.

von UnterstützerInnen am Friedrich-Schmidt-Platz hinter dem Rathaus statt.

Die Aktion hat eindrucksvoll belegt, wie wenig am Gerücht von der politikverdrossenen Jugend dran ist, wie wir feststellen konnten. Zahllose junge Menschen sind zusammengekommen, um gemeinsam gegen den Kommers - dieses Symbol für die dunkelsten Seiten unserer Vergangenheit - aufzutreten. Auf den Plattformen Facebook und Twitter wurde im Internet schon die gesamte Woche davor mobilisiert.

Die SPÖ Wien wird sich auch weiterhin für Demokratie und Zivilcourage einsetzen!